

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt Unterbezirksparteitag

Samstag, 20. Juni 2026

Beschlossene Anträge





Antrag: A 1

Antragsteller: OV Wehlheiden-Südstadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtverordnetenfraktion

Betreff: Sichtbare Erinnerungskultur mit einem Denkmal für die Gastarbeitergeneration in Kassel stärken

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Kasseler SPD setzt sich für die Schaffung eines Denkmals zur Würdigung der sogenannten „Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter“ in Kassel ein. Dieses soll in Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Stadtmuseum und dem Ausländerbeirat erarbeitet und umgesetzt werden.

Die SPD-Fraktion soll eine entsprechende Initiative in der Stadtverordnetenversammlung ergreifen.

Begründung

Die Sonderausstellung „Neu-Kasseler aus dem Mittelmeerraum – Veränderung einer Stadt durch Gastarbeiter“ im Stadtmuseum Kassel (2002/2003) hat eindrucksvoll gezeigt, dass es insbesondere zwischen 1955 und 1973 zu einem bedeutenden Zuzug von Arbeitskräften aus dem Mittelmeerraum nach Kassel kam, die einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau geleistet haben.

Viele dieser Menschen sind dauerhaft in Kassel geblieben und prägen die Stadtgesellschaft heute in zweiter und dritter Generation. Ein großer Teil der ersten Generation ist inzwischen verstorben und zum Teil auf Kasseler Friedhöfen beigesetzt.

Wir sind der Auffassung, dass diese prägende Phase der Stadtgeschichte bislang nicht ausreichend im öffentlichen Raum der Stadt Kassel sichtbar gewürdigt wird. Ein Denkmal kann dazu beitragen, die Leistungen und Lebensgeschichten dieser Menschen dauerhaft anzuerkennen und im kollektiven Gedächtnis der Stadt zu verankern.

Als Standort soll ein zentraler, gut sichtbarer und frequentierter Ort gewählt, die konkrete Standortfrage im weiteren Verfahren geprüft werden. Die Finanzierung soll durch die Stadt Kassel erfolgen.



Antrag: A 2

Antragsteller: OV Wehlheiden-Südstadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtverordnetenfraktion

Betreff: Einführung von sichtgeschützten Oiletten¹ auf Spielplätzen

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2

3 Spielplätze in Kassel sollen mit einer hygienischen sichtgeschützten Oilette ausgestattet
4 werden. Die SPD-Fraktion soll in der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende
5 Initiative zur schrittweisen Ausstattung der Spielplätze ergreifen.

6

7 **Begründung**

8 Ein Spielplatzbesuch ist für Familien ein wesentlicher Bestandteil im Familienleben. Gerade
9 bei windelfreien Kleinkindern kommt es vor, dass sie sehr plötzlich auf die Toilette müssen.
10 Das bedeutet Abbruch des Ausflugs und ggf. Frust beim Kleinkind und seinen Geschwistern.
11 Sogenannte Oiletten wären eine familienfreundliche Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen -
12 die obendrein noch hygienisch ist. Die Finanzierung soll durch die Stadt Kassel erfolgen.

13

14



Abbildung 1: Illustration einer
Oilette (Quelle: oilette.de)

¹<https://www.oilette.de/>



Antrag: A 3

Antragsteller: OV Wehlheiden-Südstadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Stadtverordnetenfraktion Kassel

Betreff: Gewalt-gegen-Frauen-Flyer auf öffentlichen Damen-Toiletten

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Zur Information von durch Gewalt betroffenen Frauen sollen Hinweise und Flyer des Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ sowie Informationen zu örtlichen Hilfs- und Beratungsangeboten in den Damen-WCs der städtischen Einrichtungen sowie in Unternehmen mit städtischer Beteiligung ausgelegt und ausgehängt werden.

Hierzu zählen insbesondere lokale Unterstützungsangebote wie Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Notrufangebote in Kassel.

Darüber hinaus sollen Wege geprüft werden, diese Informationen auch über den Einzelhandel, gastronomische Betriebe sowie weitere öffentlich zugängliche Orte wie Hotels, Kinos, Indoorspielflächen und weitere Freizeiteinrichtungen niedrigschwellig zugänglich zu machen.

Bei der Gestaltung der Aushänge soll darauf geachtet werden, dass auf Materialien zum Mitnehmen (insbesondere von Kasseler Schutz- und Zufluchtseinrichtungen) die Kontaktdaten so „anonymisiert bzw. unauffällig“ angegeben werden, dass die Sicherheit der Betroffenen auch beim Auffinden der Materialien nicht gefährdet wird.

Die SPD-Fraktion soll hierzu eine entsprechende Initiative in der Stadtverordnetenversammlung ergreifen.

Begründung

Niedrigschwellige und leicht zugängliche Informationsangebote für von Gewalt betroffene Frauen spielen eine wichtige Rolle. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (116 016) bietet rund um die Uhr kostenfreie, anonyme und vertrauliche Unterstützung.

Zusätzlich sind lokale Hilfsangebote von besonderer Bedeutung, da sie konkrete Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort vermitteln können.

Wir sehen insbesondere in Damentoiletten einen geeigneten Ort für entsprechende Hinweise, da diese einen geschützten Raum bieten, in dem sich Betroffene unbeobachtet informieren können.

Der Aufwand für die Umsetzung ist gering, während der potenzielle Nutzen erheblich ist. Durch diese einfachen Informationsangebote können städtische Einrichtungen und Unternehmen einen konkreten Beitrag zum Schutz und zur Unterstützung Betroffener leisten.



Antrag: A 4

Antragsteller: OV Wehlheiden-Südstadt

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtverordnetenfraktion

Betreff: Grüne Schulhöfe für Kassel: stadtweites einheitliches
Programm zur ökologischen Aufwertung von Schulhofflächen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Kasseler SPD setzt sich für die Einführung eines stadtweiten Programms zur Begrünung, Entsiegelung und klimafreundlichen Umgestaltung von Schulhöfen in der Stadt Kassel ein.

Die SPD-Fraktion soll entsprechende Maßnahmen in der Stadtverordnetenversammlung anstoßen und die Stadt Kassel zur Entwicklung eines verbindlichen Standards für zukünftige Sanierungen und Neubauten von Schulhöfen veranlassen und, wo möglich, die Schulgemeinden (Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer) einbeziehen.

Begründung

Schulhöfe sind Lern- und Aufenthaltsräume für Kinder und Jugendliche. In vielen Fällen sind diese Flächen jedoch stark versiegelt, wenig beschattet und insbesondere in den Sommermonaten durch Hitze nur eingeschränkt nutzbar. Eine systematische Begrünung und Entsiegelung wird hier die Aufenthaltsqualität deutlich verbessert.

In der Stadt Kassel gibt es bereits einzelne Projekte zur Umgestaltung von Schulhöfen sowie Beteiligungsformate mit Kindern und Jugendlichen. Diese Ansätze sind jedoch bislang nicht Teil eines einheitlichen, stadtweiten Programms.

Das einheitliche Programm "Grüne Schulhöfe" soll insbesondere folgende Ziele verfolgen:

- schrittweise Entsiegelung stark versiegelter Schulhofflächen
- gezielte Pflanzung von Bäumen und Schaffung von Schattenbereichen
- Verbesserung des Hitzeschutzes (trotz Fahrradübungsplatz)
- stärkere Beteiligung von Schülerinnen und Schülern bei Planung und Gestaltung
- verbindliche Berücksichtigung dieser Standards bei Sanierungen und Neubauten

Zudem soll geprüft werden, inwieweit Fördermittel von Land oder Bund zur Finanzierung genutzt werden können.

Die für Fahrradprüfung genutzten Übungsstrecken sollen klimafreundlich weiterentwickelt werden. Die Beschattung durch Bäume könnte als "Verkehrinseln" genutzt werden. Zudem soll geprüft werden, wie diese Flächen multifunktional für andere schulische Projekte genutzt werden können.



Antrag: A 5 Neufassung

Antragsteller: SPD-Ortsverein Kasseler Norden

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betreff: Arbeitnehmerrechte stehen ohne Wählerauftrag nicht zur Disposition

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 2
- 3 Aktuell versuchen unsere Koalitionspartner auf Bundesebene, CDU und CSU, uns mit
- 4 Forderungen nach Aufweichung von Arbeitnehmerrechten wie der Lohnfortzahlung im
- 5 Krankheitsfall oder der Abschaffung des 1. Mai als Feiertag vor sich herzutreiben.
- 6
- 7 Wir fordern deshalb den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion auf, keinerlei
- 8 Verhandlungen über Arbeitnehmerrechte zu führen, die in vielen Jahrzehnten hart erkämpft
- 9 wurden, ohne dass die CDU/CSU diese vorher in einem Wahlkampf fordert und vom Wähler
- 10 den Auftrag dafür bekommt. Es muss im Vorfeld eine weite gesellschaftliche Debatte
- 11 hierüber geben und dem Wähler muss die Gelegenheit gegeben werden, hierüber
- 12 abzustimmen. Es darf keinerlei Verhandlungen oder gar Zugeständnisse der SPD zu diesen
- 13 Forderungen geben.
- 14
- 15 **Begründung:**
- 16 Erfolgt mündlich



Initiativantrag: 1

Antragsteller: Unterbezirksvorstand und ausreichende Anzahl an Unterstützern

Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand, SPD-Stadtverordnetenfraktion, SPD-Unterbezirksausschuss

Betr.: Verantwortung für Kassel

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 Die Kasseler SPD hat nach der Kommunalwahl am 15.3.2026 im Bewusstsein ihrer
4 Verantwortung für die Stadt Kassel mit allen Parteien, die auf dem Boden der
5 demokratischen Grundordnung stehen, Gespräche über eine Zusammenarbeit in der
6 Stadtverordnetenversammlung geführt. Der Bericht des Unterbezirkvorsitzenden zum Stand
7 dieser Gespräche wird zur Kenntnis genommen.

8
9 Die gegenwärtigen politischen Herausforderungen und die zunehmende Zersplitterung des
10 Parteienspektrums begründen die Notwendigkeit einer stabilen Zusammenarbeit über die
11 gesamte Legislaturperiode. Eine Perspektive für ein solches Bündnis besteht zum jetzigen
12 Zeitpunkt nur mit den Grünen und der CDU.

13
14 Den Gesprächen mit Grünen und CDU mangelt es mehr als 3 Monate nach der
15 Kommunalwahl noch immer am eindeutigen Willen der Kasseler Grünen zum Einstieg in
16 ernsthafte Verhandlungen über den Abschluss eines Koalitionsvertrags. Die SPD Kassel ist
17 zu weiteren Gesprächen bereit. Sie fordert die Grünen zu ernsthaften, stringenten
18 Verhandlungen auf und erwartet, dass mit der gemeinsam von Grünen, CDU und SPD
19 getragenen Abwahl des Stadtkämmerers durch die Stadtverordnetenversammlung die
20 Voraussetzungen für eine neue Koalition geschaffen werden.

21
22 Die Mitgliederversammlung erteilt den Auftrag zu weiteren Gesprächen und Verhandlungen
23 mit Grünen und CDU. Diese werden durch den geschäftsführenden Unterbezirksvorstand im
24 Zusammenwirken mit den Vorsitzenden der SPD-Stadtverordnetenfraktion und den
25 Fachsprecherinnen und -sprechern der Fraktion geführt. Eine Bewertung und Entscheidung
26 über den möglichen Abschluss eines Koalitionsvertrags erfolgt im Unterbezirksausschuss.

27
28
29 **Begründung:**
30 Erfolgt mündlich





Initiativantrag: 2

Antragsteller: Ausreichende Anzahl an Unterstützern

Adressat: SPD- Stadtverordnetenfraktion Kassel

Betreff: Überarbeitung der neuen Satzung zur
Parkgebührenordnung

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion wird aufgefordert, die neue Satzung zur
Parkgebührenordnung zu überarbeiten mit dem Ziel:

- Bestehende, unzumutbare Härten insbesondere für ambulante Pflegedienste, Handwerker sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund von Arbeitszeiten (z. B. Schichtdienst) und/oder schlechter bzw. nicht vorhandener ÖPNV-Verbindungen auf das Auto zurückgreifen müssen, abzumildern.
- die Ausweitung der Parkgebührenzone II sozial verträglich (z.B. über ein Dauer-Jahresparkticket zu einem reduzierten Preis) zu gestalten.
- Insbesondere für Beschäftigte im Gesundheitswesen (Schicht- und Bereitschaftsdienste) geeignete Entlastungs- und Ausnahmeregelungen einzuführen.

Ebenso sollte die drastische Verteuerung der Anwohnerparkausweise über mehrere Jahre gestreckt erfolgen.

Begründung:
Erfolgt mündlich



Initiativantrag:

3

Antragsteller:

Ausreichende Anzahl an Unterstützern

Adressat:

SPD-Stadtverordnetenfraktion Kassel

Betreff:

Verkehrsmaßnahmen durch Ordnungsamt und
Straßenverkehrs- und Tiefbauamt

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2

3 In jüngster Zeit haben Maßnahmen des Ordnungsamtes und des Straßenverkehrs- und
4 Tiefbauamtes im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr für große Irritation und viel
5 Ärger in den betroffenen Straßen und Stadtteilen gesorgt. Deshalb fordern wir den Magistrat
6 der Stadt Kassel auf, schnellstmöglich gemeinsam mit den betroffenen Bürgerinnen und
7 Bürger nach Lösungen zu suchen, die einerseits dem Sicherheitsbedürfnis
8 (straßenverkehrsrechtliche Vorschriften) Rechnung tragen und andererseits unzumutbare
9 Folgen für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner vermeiden.

10

11 **Begründung:**

12 Erfolgt mündlich.



<u>Initiativantrag:</u>	4
<u>Antragsteller:</u>	Ausreichende Anzahl an Unterstützern
<u>Adressat:</u>	Magistrat der Stadt Kassel
<u>Betreff:</u>	Entfernung des Gemäldes am Ruru-Haus

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 2
- 3 Der UB-Parteitag lehnt das Vorgehen des Magistrats der Stadt Kassel im Zusammenhang
- 4 mit der Entfernung des Gemäldes am Ruru-Haus entschieden ab!
- 5
- 6 Ohne Diskussion in den politischen Gremien und der Stadtgesellschaft wurde die einzige
- 7 Erinnerung an die doc 15 im öffentlichen Raum, die sich noch dazu an der Kulturmeile vom
- 8 Kulturbahnhof zur Aue befand, in einer überstürzten Aktion entfernt und so die Öffentlichkeit
- 9 vor vollendete Tatsachen gestellt.
- 10
- 11 Die oft beschworene Transparenz und Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern und die
- 12 Einbeziehung der politischen Gremien der Stadt wurden dabei grob missachtet.
- 13
- 14 **Begründung:**
- 15 Erfolgt mündlich!